

# Adorfer Grenzboten



Der Adorfer Grenzboten gelangt jeden Sonntag nachm. zur Ausgabe, für den nächsten Tag vordatiert. — Anzeigen nach Tarif. — Postfach-Konto 37369 Leipzig. — Fernruf Nr. 14. Gegr. 1835

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Delsnitz i. Vogtl., des Amtsgerichts, der Anwaltschaft und des Stadtrates zu Adorf im Vogtland

## Tageblatt u. Anzeiger

Im Falle höherer Gewalt (Krieg oder sonstige Störung des Betriebes) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückgabe des Bezugspreises.

für Adorf (Vogtl.), Bad Elster, Bad Brambach, Aensgrün, Breitenfeld, Bergen, Freiberg, Ober- u. Untergottengrün, Hermsgrün, Jügelburg, Leubetha, Mühlhausen, Neberkreuth, Remtengrün, Schönberg, Siebenbrunn, Sohl, Wohlbach u. das übr. obere Vogtl.

Sonntags eine illustrierte Unterhaltungsbeilage

Druck und Verlag: Otto Meyer, Adorf (Vogtl.), Bergstraße 14. — Verantwortlicher Schriftleiter: Otto Meyer, Adorf (Vogtl.)

Nr. 137

Sonntag, den 15. Juni 1930

96. Jahrg.

An die Bezahlung des am 1. Juni 1930 fällig gewordenen

### Gewerbeschulgeldes, sowie des Musik- und Schnitzschulgeldes für das 2. Kalendervierteljahr 1930 wird hiermit öffentlich erinnert.

Nach Ablauf von 8 Tagen erfolgt die zwangsweise Beitreibung der rückständigen Beträge durch den Vollstreckungsbeamten.

Adorf i. B., den 14. Juni 1930.

Der Stadtrat.

Am Dienstag, den 17. Juni 1930, nachmittags 3 Uhr, sollen in **Bad Elster** in „Zwickers Restaurant“

3 Zimmereinrichtungen, 1 Büfett, 1 Personenkraftwagen, 2 Ladentische, 1 Tafelwaage m. Gewicht u. 1 Käse- und Schneidemaschine

meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.

Adorf i. B., den 14. Juni 1930.

Q 236, 369, 372, 347/30

Q 2080/29.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

## Die Weltkraftkonferenz.

In wenigen Tagen, am 16. Juni, tritt in Berlin, unter dem Ehrenprotectorat des Reichspräsidenten die zweite Weltkraftkonferenz zusammen. Im Zeichen der Schmelz-Begeisterung erscheint es nicht ganz überflüssig, zu betonen, daß es sich hierbei nicht etwa um ein internationales Boger-Meeting handelt. Nicht die Kraft der Häufte, sondern die Kraft im technischen Sinne bildet den Gegenstand dieser Konferenz. Es ist eine internationale technisch-wirtschaftliche Veranstaltung größten Stils, die die führenden Vertreter der Technik und der Industrie, der Wissenschaft und der Wirtschaft aus rund 50 Staaten in der Reichshauptstadt zusammenführen wird.

Die Weltkraftkonferenz, von England ins Leben gerufen, um durch internationale Zusammenarbeit die Erzeugung, Verteilung und Verwendung von Energie in jeder Form wissenschaftlich und industriell zu fördern, fand als Weltkonferenz zum ersten und bisher einzigen Male im Jahre 1924 in London statt. Seitdem wurden nur Teilkonferenzen abgehalten; in Basel (1926) standen Fragen der Wasserkraftnutzung und Binnenschifffahrt, in London (1928) Brennstofffragen zur Erörterung. Auch die Veranstaltungen in Barcelona (Mai 1929) über Wasserkrafterschließung und in Tokio (Oktober 1929) über die Entwicklung der Energiequellen stellten Teiltagungen dar; die letztgenannte fiel mit dem großen Weltingenieurkongreß zusammen.

Unter den 48 Vändern, die der Organisation der Weltkraftkonferenz angehören, steht Deutschland hinsichtlich seiner wissenschaftlichen Beteiligung mit rund 60 von insgesamt 400 Beiträgen an zweiter Stelle. Nur die Vereinigten Staaten steuern noch eine größere Anzahl von Beiträgen bei. Diese Berichte werden in 34 verschiedenen Sektionen von deutschen Generalberichterstattern in zusammengefaßter Form den Tagungsteilnehmern übermittelt und durch eine besondere Sprachenübertragungsanlage zugleich in den beiden anderen Kongreßsprachen englisch und französisch der Versammlung zur Kenntnis gebracht.

Der Schwerpunkt der Verhandlungen wird in der Erörterung der Fragen des Energieabzuges liegen. Deutschland ist auf fast sämtlichen Teilgebieten mit wertvollen Beiträgen vertreten. Aus der großen Zahl von Beiträgen, die der Geschäftsstelle im Ingenieurhaus in Berlin vorliegen, dürfte der Beitrag des deutschen Rundfunkkommissars Staatssekretär a. D. Dr. Bredow allgemein interessieren, der die Aufgaben behandelt, die der elektrotechnischen Industrie und den Elektrizitätsunternehmungen bei der Bekämpfung der Empfangsstörungen im Rundfunk zufallen. Neben dem umfangreichen wissenschaftlichen Programm sind in den größten Sälen Berlins einige Vorträge allgemeiner Natur vorgesehen, in denen sich bedeutende Energiefachmänner und Wissenschaftler vor der breiten Öffentlichkeit über aktuelle Fragen und Zukunftsaufgaben der Energiewirtschaft äußern werden. Außerdem finden mehrere groß angelegte gesellschaftliche Veranstaltungen sowie zwangslos zusammenkünfte der Konferenzteilnehmer statt.

Für die Konferenz ist eine Dauer von zehn Tagen — 16.—25. Juni — vorgesehen. Nach Schluß der Tagung werden auf mehreren Kernförmig von Berlin ausstrahlenden Reisen den Teilnehmern der Tagung die Städte deutscher Arbeit und deutschen Schaffens gezeigt und dabei rund 200 Industrieanlagen besichtigt werden. In Berlin: die bedeutendsten elektrotechnischen Fabriken, Kraftwerke, Gaswerke, wissenschaftliche Institute und u. a. die größte Dampfspeicheranlage und die größte Gleichrichter-Bahnstromversorgungsanlage der Welt; in der Nähe Berlins: Braunkohlengruben und bedeutende Braunkohlenträgerwerke; im Rheinland: Steinkohlen- und Braunkohlenbergwerke, Kolereien, Hüttenwerke, Elektrizitätswerke und Ferngasversorgungsanlagen, ferner eine 220/380KV-Anlage und das größte Pumpspeicherwerk Europas; in Mittel- und Süddeutschland: mehrere große im Bau befindliche Pumpspeicheranlagen, chemische Fabriken, ein großes Dampfkraftwerk für Höchstdruckdampf in Baden und die 220/380KV-Leitung von Rheinland-Westfalen nach der Schweiz. In Bayern ist die Besichtigung großer

Wasserkraftanlagen und des Deutschen Museums in München vorgezogen, außerdem werden bedeutende elektrotechnische Anlagen gezeigt. In Schlefien werden die Stromversorgungswerke für die elektrischen Gebirgsbahnen, ferner bekannte Kohlengruben und Hüttenwerke zu sehen sein. Weiterhin führen die Fahrten zu den Schiffswerften in Norddeutschland, ferner werden in vielen Städten die Technischen Hochschulen mit ihren Einrichtungen gezeigt.

## Die Senkung der Eisenpreise.

Eine offiziöse Erklärung.

Bezüglich des Preisabbaus in der Eisenindustrie wird offiziös erklärt, daß die Erwägungen der zuständigen Ministerien, ob die Preisentlastung in dem zugesicherten Maße vorgenommen worden ist, noch nicht abgeschlossen sind. Eine abschließende Mitteilung wird in Kürze folgen.

Zu zuständiger Stelle glaubt man jedoch schon jetzt sagen zu können, daß es nicht als Bruch der Abmachungen bezeichnet zu werden brauche, wenn die Eisenpreise um etwa 3 bis 4 v. H. und die Löhne um 7,5 v. H. gesenkt würden. Im übrigen werde die Lohnsenkung voraussichtlich nicht volle 7,5 v. H. betragen, sondern wahrscheinlich nur 4 bis 5 v. H.

## Nicht Lohn-, sondern Preisabbau!

Wie gut auch die wirtschaftlichen Antriebskräfte der Reichskabinets gemeint sein mögen, daß eine Lähmung schon heute sagen, daß sie etwa ebenso schnell im Sande verlaufen werden, wie das — ihm dem Gehalt und der Tendenz nach übrigens besonders ähnliche — Arbeitsbeschaffungsprogramm Lloyd Georges. Der Kern unserer wirtschaftlichen Schwierigkeiten liegt nämlich an einem Punkte, den das Regierungsprogramm unberührt läßt: an unseren überhöhten Preisen, und wir können nur dann wieder zu gefundenen Verhältnissen kommen, wenn es uns gelingt, einen Preisabbau herbeizuführen. Es ist charakteristisch, daß der Jahresbericht des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten ebenso wie die Herren v. Soewenstein bei der Tagung des Bergbauvereins und Dr. Böglar auf der Tagung deutscher Eisenhüttenleute, daß drei so führende Instanzen unseres Wirtschaftslebens in diesen kritischen Tagen sich in der Diagnose wie in der Therapie unserer Zustände vollständig einig sind. Durch unsere überhöhten Preise, die durch unsere starren Selbstkosten bedingt sind, werden wir daran gehindert, der rückläufigen Konjunktur auf dem Weltmarkt ebenso zu folgen wie das Länder mit beweglichen Selbstkosten zu tun in der Lage sind. Es gilt also die Preise zu senken.

Man hat sich oft darüber aufgehalten, daß die Industrie bei der rückgängigen Konjunktur ihre Preise nicht schon längst herabgesetzt hat, und man glaubt damit ein Argument gegen die Wirksamkeit der Kartelle vorbringen zu können. Natürlich wäre die Industrie diesen Weg, der ja dem gefundenen Menschenstande ohne weiteres einleuchtet, längst gegangen, wenn auf der Selbstkostenseite die Voraussetzungen dafür vorhanden gewesen wären. An die Voraussetzungen einer Elastizität der Preise ist von jeher immer noch die gleichzeitige Elastizität des wichtigsten Unkostenfaktors, nämlich der Löhne, geknüpft gewesen. Die schlimmen Folgen einer staatlichen Zwangswirtschaft, die sowohl die Löhne wie die Preise kontrolliert, machen sich eben jetzt z. B. bei der Eisenindustrie, auch beim Bergbau bemerkbar. Trotz mehrfacher, durch Lohnkürzungen usw. herbeigeführter Selbstkostensteigerungen sind die Eisenpreise seit zwei Jahren unter dem Druck des Reichswirtschaftsministeriums unverändert geblieben, obwohl ein so erfahrener Betriebswissenschaftler wie Professor Schmalenbach sich ausdrücklich für die preisliche Ausnutzung von Konjunkturen ausgesprochen, damit bei sinkender Tendenz auf Grund angesammelter Finanzkraft ein Einbiegen in der Preisurbe möglich wäre. Nun ist die Eisenindustrie zu ausgehöhlt, um mit eigenen Reserven durch Preisnachlässe die Konjunktur wieder aufzubeln zu können. Trotzdem hat sie bekanntlich durch Gewährung größerer Elastizität in

der Festsetzung von Qualitätsüberpreisen bereits den ersten Schritt in der Preisentlastungsaktion getan.

Nun werden, nicht nur in den Schmelzindustrien, überall Ausforderungen des bisher allzu starren Lohnniveaus erfolgen müssen, damit die Preisentlastungsaktion, in der alle führenden Persönlichkeiten auf Unternehmer- wie auf Gewerkschaftsseite den einzig richtigen Weg zur Gesundung der deutschen Wirtschaft erblicken, weiter planmäßig durchgeführt wird. Es geht hier nicht um die Löhne an sich, es geht um die Preise, ein Mittel, das sicher weniger, vielleicht gar nicht angewendet zu werden braucht, wenn nicht die steuerliche Belastung heutzutage derartig hoch wäre, daß sie durchweg einem Siebentel der Lohn- und Gehaltszahlungen des einzelnen Unternehmers entspricht. So wie die Dinge heute liegen, wird die Arbeitererschaft schon mit gewissen Lohnkürzungen, etwa mit einem Abbau der Spitzen- unter Aufrechterhaltung der Tariflöhne, rechnen müssen, wenn die Preisentlastung, die uns allein aus dem Elend der Arbeitslosigkeit herausbringen kann, durchgeführt werden soll. Man kann es aber deshalb auf wärmste begrüßen, daß die nordwestliche Eisenindustrie mit einer Senkung der Preise, der ein Abbau der übertariflichen Verdienste nachfolgen soll, vorangegangen ist, und man darf hoffen, daß diese Preisabbaumaße sich bis zur letzten Stelle der deutschen Wirtschaft durchsetzen. Unternehmer, Verbraucher, Arbeiter: für alle gibt es zur Zeit keinen anderen Weg mehr ins Freie, als eben das.

## Uniformverbot auch in Baden.

Verläufig nur für Nationalsozialisten.

Der badische Minister des Innern hat das öffentliche Tragen der Uniform der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und ihrer Organisation bis auf weiteres verboten. Die amtliche Bekanntmachung hebt hervor, daß gegenüber anderen Verbänden zur Zeit wenigstens ein Anlaß zu gleichem Vorgehen, abgesehen von dem bestehenden Verbot gegenüber dem Roten Frontkämpferbund, nicht vorliegt.

## Demonstrationen gegen das Uniformverbot

Ein Trupp Nationalsozialisten demonstrierte am Donnerstagabend in der Blücherstraße im Südwesten Berlins gegen das Uniformverbot des preussischen Innenministers. Die Polizei nahm den Fahnenträger und einige Mann aus dem Zuge fest und brachte sie zur Wache in der Baerwalddstraße. Darauf sammelten sich die übrigen Demonstrationsteilnehmer vor der Wache an, sangen Kampflieder und brachten Heilrufe auf Hitler aus. Als die Demonstranten nicht auseinandergingen, nahm die Polizei etwa 50 Mann fest und brachte sie auf Lastkraftwagen zum Polizeipräsidium.

## Zwischenfälle bei einer Prozeßverhandlung.

In Schweidnitz begann am Dienstag die Berufungsverhandlung gegen 16 Nationalsozialisten, denen zur Last gelegt wird, am 27. September 1929 eine sozialdemokratische Wahlversammlung gesprengt zu haben, wobei es zu schweren Schlägereien kam, in deren Verlauf mehrere Personen verletzt wurden.

Nachdem der erste Verhandlungstag mit einem Falschtermin im „Volksgarten“ ausgefüllt worden war, erschienen die Angeklagten am Mittwoch in geschlossener Zug und in ihren braunen Hitlerhemden vor dem Gerichtsgebäude, so daß sie von der Polizei Ordnungsstrafen von je 100 Mark erhielten. Auch am Donnerstag waren die Nationalsozialisten trotz des Verbots in ihren Uniformen erschienen. Es kam auch mehrfach zu Schlägereien auf der Straße zwischen uniformierten Nationalsozialisten und Kommunisten.

## Stahlhelm gegen Nationalsozialisten.

Der Bundesvorstand des Stahlhelm hat folgenden Beschluß gefaßt: „Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat am 23. Mai offiziell auf eine Anfrage des Stahlhelm erklärt, daß ein eingetragenes Mitglied ihrer Partei nicht gleichzeitig Mitglied eines Verbundes, also auch nicht des Stahlhelm, sein könne. Die Stahlhelmführung sieht sich nunmehr zu nach-